

Nachgesagt

Leidet Europa unter dem Euro?

Rund 350 Zuhörer kamen am 16. Mai 2019 auf Einladung von Freiburger Diskurse in die Universität Freiburg, um sich über die wirtschaftlichen Gründe für wachsende soziale Spannungen und das Erstarken des Populismus in manchen Ländern der Europäischen Union zu informieren.

Eine der wesentlichen Aussagen der beiden Referenten Prof. Dr. Martin Höpner und Dr. Paul Steinhardt war: Insbesondere über den Europäischen Gerichtshof wurde in den vergangenen Jahren die wirtschaftliche Liberalisierung immer weiter vorangetrieben, während es wegen der Heterogenität innerhalb der EU kaum Chancen gibt, einheitliche soziale Standards durchzusetzen. „Es ist wie ein Spiel mit gezinkten Karten“, beklagt Höpner, der am Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung in Köln arbeitet. „Am Ende gewinnt letztlich immer die Liberalisierungspolitik.“ Klar sei: Marktschaffende und marktbegrenzende Politik ist nicht im Gleichgewicht.

Der Fokus von Dr. Paul Steinhardt, der zusammen mit Prof. Dr. Heiner Flassbeck das Wirtschaftsmagazin Makroskop herausgibt, lag auf dem Euro. Als wesentliches Problem der Euro-Zone machte er die Lohnzurückhaltung in Deutschland aus. „Das macht deutsche Waren gegenüber Produkten aus anderen EU-Ländern unverhältnismäßig billig und schwächt die dortige Wirtschaft“, kritisiert Steinhardt. Weil es den Ländern in der Euro-Zone an der Möglichkeit fehle, durch Abwertung einer eigenen Währung ihre Waren wettbewerbsfähiger zu machen, komme es dort zu einer schleichenden Deindustrialisierung. Ein gemeinsamer Währungsraum wie die Euro-Zone brauche deshalb die gleiche Inflationsentwicklung in allen Ländern, so Steinhardt. „Da die Löhne die wesentlichen Treiber der Inflation sind, gehört zu einem gemeinsamen Währungsraum eine koordinierte Lohnpolitik.“ Steinhardt fordert deshalb, dass sich die Löhne in den einzelnen Ländern der gewollten Inflation und der Produktivität des jeweiligen Landes orientieren. Ein Land mit hoher Produktivität brauche hohe Löhne, eines mit niedriger

Produktivität niedrigere Löhne. Nur so könne eine Währungsunion mit Ländern unterschiedlicher Leistungsfähigkeit funktionieren, so Steinhardts Fazit. Da dies aber schwierig umzusetzen ist, müsse man sich im Interesse eines sozialen Europas die Frage stellen, ob eine Rückkehr zu ausgleichenden Wechselkursen notwendig sei. Die Schuldenbremsen für die Staaten in der Währungsunion verschärften das Problem noch: Sie verhinderten, dass der Staat durch massive Investitionen in Infrastruktur wirtschaftspolitisch eingreifen und dadurch die Binnennachfrage stärken kann. Dies sei das Problem in allen Euro-Ländern, auch Deutschlands. „Im Augenblick ist Deutschland zwar der vermeintliche Sieger. Exportüberschüsse sind aber keine dauerhafte Lösung, denn die anderen Länder werden sich das auf Dauer nicht gefallen lassen und in Deutschland zahlen vor allem die unteren Einkommen den Preis dafür“, mahnt Steinhardt.



Bildnachweis: iStock/altmodern

Folgen der fatalen Lohnentwicklung bekämen zum Beispiel Italien und Frankreich zu spüren – und in Deutschland die unteren 40 Prozent der Einkommenshierarchie. Das führe unter anderem zum Erstarken von populistischen Bewegungen.

Höpner nannte am Ende seines Vortrags konkrete Beispiele, wie die Europäische Union stärker den sozialen Ausgleich fördern könnte statt immer nur dem Ruf nach uneingeschränkter wirtschaftlicher Liberalisierung zu folgen. Einer seiner Vorschläge: Mit Hilfe des europäischen Strukturfonds solle der Aufbau nationaler sozialer Mindestsicherungssysteme initiiert und unterstützt werden. Das sei im ureigenen Interesse Deutschlands. Denn: „Wer Armut in Europa zulässt, wird Armutsmigration ernten“, warnt Höpner. Den Ruf zum Beispiel nach einem europäischen Mindestlohn hält er dagegen in zweierlei Hinsicht für Augenwischerei: Erstens erlauben die europäischen Verträge gar keinen Eingriff in die Lohngestaltung. Zweitens lehnen gerade in skandinavischen Mitgliedsländern auch Arbeitnehmervertreter Mindestlöhne vehement ab. Höpners zweiter Vorschlag sieht vor, dass Arbeits- und Sozialordnungen nicht dem europäischen, stark auf Wettbewerb ausgerichteten Recht unterliegen, sondern auf nationalstaatlicher Ebene bleiben. Nur so könnten soziale Rechte gewahrt und gestärkt werden. Den Zuhörern riet er, den Diskussionen um die Zukunft Europas mit einer gesunden Skepsis zu begegnen und sich keine Denkverbote auferlegen zu lassen. Bei allem Diskutieren und Hinterfragen sei aber eines ganz wichtig: „Werden Sie nicht zynisch.“